

Es droht Stillstand

Es war ein erstaunlicher Wahlkampf: Trotz der großen inhaltlichen Unterschiede zwischen den Parteien spielten Sachthemen wie Gesundheit, Rente oder Bildung im Bundestagswahlkampf kaum eine Rolle. Auch die Bürgerversicherung brachte Rot-Grün nicht den erhofften Erfolg. Nach dem klaren Sieg der Union ist eine Radikalreform in der Gesundheit vorerst nicht in Sicht.

Angela Merkel hat aus den Fehlern gelernt. Ihr Reformprogramm mit Kopfpauschale und Steuerreform kostete die CDU-Chefin 2005 beinahe den Wahlsieg. Seitdem setzt Merkel auf kleine Schritte statt große Reformen. Entsprechend findet sich im Wahlprogramm der Union auch keine konkrete Aussage zur Zukunft der Krankenversicherung, sondern lediglich ein klares Nein zur Bürgerversicherung: „Eine staatliche Einheitsversicherung für alle lehnen wir ab.“

Ganz anders SPD und Grüne. Vehement warben beide Parteien für die Aufhebung der Grenzen zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Um die Zwei-Klassen-Medizin zu beenden, sollten künftig alle in die Bürgerversicherung einzahlen. Für die Privatversicherten war eine befristete Wechselmöglichkeit vorgesehen. Die Grünen zeigten sich noch radikaler als die Sozialdemokraten. Bei der Berechnung des Kassenbeitrags sollten alle Einkunftsarten – also auch Mieteinnahmen – einbezogen werden. Zugleich forderten Trittin & Co., die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung von derzeit knapp 4.000 Euro auf 5.800 Euro anzuheben.

Soweit die Wahlprogramme. Doch die Papiere haben in der Regel nur eine kurze Lebensdauer. Oft sind sie schon am Wahlabend vergessen. Bestes Beispiel ist der umstrittene Gesundheitsfonds. Niemand hatte die zentrale Geldsammelstelle im Wahlprogramm. Sie wurde vielmehr aus der Not geboren, einen Kompromiss zwischen Bürgerversicherung (SPD) und Kopfpauschale (Union) zu finden. Diesmal ist die Situation allerdings anders. Die Krankenversicherung hat in den vergangenen Jahren ein sattes Geldpolster angehäuft. Einige Krankenkassen schütten sogar Prämien aus. Warum sollte sich eine

neue Regierung also gerade jetzt an eine Radikalreform wagen?

Gerade die Sozialdemokraten dürften sich daher in den Koalitionsverhandlungen rasch von ihren Plänen für eine Bürgerversicherung verabschieden. Spannend bleibt nur, ob die Arbeitgeber wieder stärker zur Kasse gebeten werden. Derzeit ist der Arbeitgeberanteil bei 7,3 Prozent gedeckelt. Reichen die Einnahmen nicht aus, müssen die Krankenkassen Zusatzbeiträge erheben. So hatte es zumindest Schwarz-Gelb beschlossen. Gut möglich, dass sich die Union in einer Großen Koalition von dem großzügigen Arbeitgebergeschenk wieder verabschiedet.

Eine der größten Herausforderungen für den nächsten Gesundheitsminister ist sicherlich die Reform der Pflegeversicherung. Seit Jahren drücken sich die Regierungen in Berlin – gleich ob Rot-Grün, Schwarz-Rot oder Schwarz-Gelb – um eine Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Nach den im Sommer vorgelegten Vorschlägen des Expertenbeirats unter Leitung von Wolfgang Zöller und Klaus-Dieter Voß wird ein Aussitzen der Reform immer schwieriger. Um Demenzkranke endlich bei den Leistungen vernünftig zu berücksichtigen, soll es künftig fünf statt bisher drei Pflegestufen geben. Die geplanten Verbesserungen kosten allerdings bis zu fünf Milliarden Euro im Jahr. Angesichts der Debatte um höhere Steuern dürfte eine neue Regierung einen allzu kräftigen Anstieg der Sozialbeiträge scheuen.

Unklar ist auch, ob das von Schwarz-Gelb verabschiedete Präventionsgesetz wiederbelebt wird. Zuletzt hatte es die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat blockiert. Dabei sind sich eigentlich alle Parteien einig, dass die Prävention deutlich gestärkt werden muss. Strittig ist allerdings, wer die Kosten dafür übernimmt. Die Krankenkassen wehren sich gegen eine einseitige Belastung. Fraglich ist auch, ob sich ein gesunder Lebensstil per Gesetz verordnen lässt. In der Vergangenheit flossen Gelder für Prävention allzu oft in Yoga- und Kochkurse – und dienten damit weniger der Verbeugung als vielmehr dem Marketing der Krankenkassen.

Die lähmende Regierungsbildung und die voraussichtlich wochenlangen Koalitionsverhandlungen verheißen für die Gesundheitspolitik wenig Gutes. Nicht nur in der Pflege braucht es mutige Reformschritte. Auch bei der elektronischen Gesundheitskarte, der Krankenhausvergütung und der Patientensicherheit warten auf den neuen Gesundheitsminister anspruchsvolle Hausaufgaben. Die Zeit der Milliardenüberschüsse in der gesetzlichen Krankenversicherung neigt sich jedenfalls dem Ende zu. Spätestens 2015 dürften erste Kassen wieder auf Zusatzbeiträge angewiesen sein. Damit beginnen auch wieder die gewohnten Debatten über Kürzungen und Sparmaßnahmen. Es bleibt daher zu hoffen, dass sich die neue Regierung nicht in aussichtslose Systemdiskussionen um private oder gesetzliche Krankenversicherung verheddert, sondern rasch die Arbeit aufnimmt. Monatelangen Stillstand in der Gesundheitspolitik können sich Ärzte und Patienten nicht leisten.

Autor



Steffen Habit,
„Münchner Mer-
kur“, Redaktion
Wirtschaft